Nordwalde, den 07.03.2023

Kommentar

So bitte nicht - Anmerkungen zu der CDU-Kritik an Zuwanderungspolitik

„Auslöser war die Flüchtlingskrise 2015 und die in der Folge durch die Vertreter von AfD und PEGIDA immer schärfer werdende öffentliche Diskussionskultur in Deutschland. Bekanntermaßen blieb es dann nicht nur bei Diskussionen und Demonstrationen, sondern es gab auch Gewalttaten von rechten Extremisten. Zwischenzeitlich hatte sich in Hoffnung auf Stimmenzuwachs auch der eine oder andere Vertreter der sogenannten Volksparteien zumindest verbal dem rechten Rand angenähert. Um es deutlich zu sagen, ich lehne das von der extremen Rechten, und die beginnt für mich politisch gesehen bei der AfD, vertretene Menschenbild und politische Verständnis ab. Wenn einem etwas nicht gefällt, kann man nicht nur erwarten, dass andere tätig werden. Daher habe ich mir eine für mich passende Partei gesucht und bin nun in der Kommunalpolitik tätig. Glücklicherweise sind die extremen Rechten in Nordwalde aktuell kein großes Thema. Aber wir müssen alle als politische Vertreter durch die Art und Weise, wie wir miteinander umgehen und diskutieren und über die Entscheidungen, die wir treffen, dafür sorgen, dass es dabei bleibt.“. Das war meine Antwort im Januar 2023 auf die Frage, warum ich zu den Grünen gekommen bin (nachzulesen auf unserer Webseite unter „Vorhang auf ...I). Ich hatte zu dem Zeitpunkt nicht gedacht, dass mich gerade der letzte Satz so schnell einholt, aber am Donnerstag, den 02.03.2023 war es soweit.

Hintergrund war an dem Tag ein Zeitungsartikel in der WN über den Besuch der CDU-Landtagsabgeordneten Schulze-Föcking und dem CDU-Bundestagsabgeordneten Henrichmann in der ehemaligen Jugendbildungsstätte in Nordwalde, in der zur Zeit Geflüchtete aus der Ukraine untergebracht sind. Die Überschrift lautet „Kritik von CDU-Politikern an Zuwanderungspolitik - Bürgermeisterin vermisst finanzielle Unterstützung“.

Es ist natürlich damit zu rechnen, dass CDU-Politiker:innen kein gutes Haar an der Politik der auf Bundesebene regierenden Ampel-Koalition lassen. Soweit, so normal. Auch muss man das Handeln der Regierung nicht immer gut finden. Man kann gerne drüber streiten, solange man einigermaßen sachlich und bei der Wahrheit bleibt. Populismus sollte man vermeiden. Das ist den Vertreter:innen der CDU mit ihren Aussagen dann nicht so recht gelungen.

Als erstes erweckt Bürgermeisterin Schemmann den Eindruck, dass Nordwalde als Kommune bei der Unterbringung der Flüchtlinge keine finanzielle Unterstützung erhalten hat. „Wir hatten mit finanzieller Unterstützung gerechnet Doch diese Unterstützung komme nicht“

wird Frau Schemmann zitiert. Diese Aussage stimmt nicht! Noch in der letzten Ratssitzung am 23.02.2023 wurden die Ratsmitglieder unter Tagesordnungspunkt 6 darüber informiert, wie im Jahr 2022 die finanzielle Belastung der Gemeinde „im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen“ aussieht. Um es kurz zu machen: in 2022 wurden alle Sachaufwendungen wie Mieten/Abschreibungen/Unterhalt/Herrichtung etc. im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine voll über Bundesmittel gedeckt!

Im weiteren Verlauf des Artikels fürchten die Parlamentarier Schulze-Föcking und Henrichmann „um den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ Und Henrichmann fordert „Wenn jemand kein Recht hat, in Deutschland zu bleiben, muss er das Land auch wieder verlassen.“. Außerdem stellt er im Zusammenhang mit dem sogenannten Chancen-Aufenthaltsrecht der Bundesregierung die Behauptung auf, „Die Ampel gibt denjenigen ein Recht zu bleiben, die im Asylverfahren ihre Identität verschleiern und tricksen und täuschen.“. Als Bundestagsabgeordneter muss er wissen, dass diese Regelung im Gegenteil „für rund 136.000 bereits in Deutschland gut integrierte Menschen gilt, die am 31. Oktober 2022 seit fünf Jahren geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis in Deutschland leben, nicht straffällig geworden sind und sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen.“ (Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/erstes-migrationspaket-2059774>).

Das ist Populismus in Reinkultur. Mir fallen jetzt alle möglichen Dinge ein, was daran falsch ist und man dazu erwidern kann, aber das alles aufzuschreiben würde den Rahmen sprengen. Daher hier nur drei kurze Gedanken. 1. Diese Aussagen könnten auch 1:1 von dem rechten politischen Rand kommen. Es gibt genügend wissenschaftliche Studien dazu, dass Falschaussagen und eine Radikalisierung in der Sprache die Wahrnehmung verschiebt und dadurch auch eine Radikalisierung in der Handlung nach sich zieht. Seriöse Politik sollte sich gerade bei so schwierigen und komplexen gesellschaftlichen Themen nicht zu solch platten Aussagen hinreißen lassen. Sachliche Diskussionen gerne, aber dann angemessen im Ton. 2. Dieser Artikel wurde nach einem Besuch in einer Unterkunft für geflüchtete Menschen aus der Ukraine veröffentlicht. Der Tenor des Artikels vermittelt geflüchteten Menschen nicht gerade ein Gefühl des Willkommen. Man kann sich vorstellen, wie sich die Ukrainer, die ja vor einem Krieg in ihrem Heimatland geflüchtet sind, der ihnen aufgezwungen wurde, fühlen, falls sie diesen Artikel lesen! 3. Für mich als Nordwalder Kommunalpolitiker ganz wichtig: Diese Aussagen werden den Bürger:innen in Nordwalde eindeutig nicht gerecht. Wer gesehen hat, mit welcher großer Spenden- und Hilfsbereitschaft die Nordwalder sowohl 2015 als auch in 2022 reagiert haben, weiß, dass die Bürger:innen bei diesem Thema viel weiter sind als Politiker:innen, die solche Aussagen von sich geben.

Man kann nur spekulieren, was die drei CDU-Politiker:innen zu den oben beschriebenen Aussagen veranlasst hat. Das möchte ich hier nicht tun. Ich möchte stattdessen an alle appellieren, sich diese Art der Kommunikation nicht zum Vorbild zu nehmen. Lassen wir uns nicht auf dieses Niveau ein. Machen wir es besser. Das Thema hat es verdient!

Oliver Hesse

Ratsmitglied und Fraktionssprecher